

Sitzungsunterlagen

Sitzung des Ausschusses für
Bildung, Kultur, Schule und Sport
der Stadt Bergisch Gladbach

06.12.2017

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	5
Niederschrift (öffentlich)	5
Anlage 1 zur Niederschrift Anwesenheitsliste 06.12.2017	15
Anlage 2 zur Niederschrift Gemeinsamer Antrag der CDU- und SPD-Fraktion zu TOP Ö10	19

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum

12.03.2018

Ausschussbetreuender Fachbereich

Bildung, Kultur, Schule und Sport

Schriftführung

Petra Weymans

Telefon-Nr.

02202-142554

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport
Sitzung am Mittwoch, 06.12.2017

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:15 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 04.10.2017
- öffentlicher Teil -
0584/2017**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters
0591/2017**

- 6 **Sachstand Schulsanierungen**

- 7 **Strategische Neuausrichtung des Bergischen Museums in Bensberg**
0315/2017

- 8 **Künftige Handhabe der Sportförderung für Jugendliche sowie Verwendung der Sportpauschale (nach Antrag des SSV)**
0571/2017

- 9 **Abschluss eines Nutzungsüberlassungsvertrages mit dem Sportverein TuS Moitzfeld 1961 e.V. zum Sportplatz Moitzfeld**
0596/2017

- 10 **Haushalt 2018**
0580/2017

- 11 **Wahl eines Ausschussmitgliedes mit beratender Stimme und einer persönlichen Stellvertretung im ABKSS auf Vorschlag des Stadtsportverbandes Bergisch Gladbach e.V. mit Schreiben vom 14.11.2017 (eingegangen am 13.11.2017)**
0567/2017

- 12 **VHS: Trägerschaft für BAMF-Integrationskurse**
0606/2017

- 13 **Anträge der Fraktionen**

- 14 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Neu eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung.

Herr Neu begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Neu schlägt vor, die Beschlussfassung für die haushaltsrelevanten Tagesordnungspunkte

- TOP Ö 7: Strategische Neuausrichtung des Bergischen Museums in Bensberg (Vorlage: 0315/2017),
- TOP Ö 8: Künftige Handhabung der Sportförderung für Jugendliche sowie Verwendung der Sportpauschale (nach Antrag des SSV) (Vorlage: 0571/2017),
- TOP Ö 10: Haushalt 2018 (Vorlage: 580/2017), inklusive gemeinsamen Sachantrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 30.11.2017 (eingegangen am 30.11.2017) zur Beauftragung der Verwaltung mit der Entwicklung eines neuen Personalkonzeptes für die städtische Max-Bruch-Musikschule

an den Haupt- und Finanzausschuss abzugeben und in dieser Sitzung nur die Sach- und Fachdiskussion zu führen. Die Vorlage werde wie eine Mitteilungsvorlage behandelt.

Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Herr Neu tritt in die Tagesordnung ein.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 04.10.2017 - öffentlicher Teil - *0584/2017*

Der Durchführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende macht keine Mitteilungen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters 0591/2017

Zusätzlich zur schriftlichen Vorlage teilt Herr Martmann mit, Herr Weirich habe die Leitung der Schulverwaltung übernommen. Er hoffe, die Stelle der Leitung Sportverwaltung zeitnah besetzen zu können.

Für den **Medienentwicklungsplan** sei eine Gesamtuntersuchung der Schulen in 2018 geplant. Neben der WLAN-Fragestellung stehe auch die Frage der Endgeräte gekoppelt an die entsprechenden pädagogischen Konzepte auf dem Programm. So werde die Grundlage gelegt, um auf eventuelle Förderprogramme schnell reagieren zu können.

Der **Sportverein Blau-Weiß-Hand** strebe einen Umbau des Ascheplatzes in Hand in einen Kunstrasenplatz an. Die Sportverwaltung werde den Verein unterstützen und strebe ein Modell analog der Nutzungsüberlassungsverträge mit den anderen Vereinen an.

An der Saaler Mühle werde im Januar mit dem Bau eines **Bewegungsparcours** für den nicht vereinseingebundenen Sport begonnen. Dies werde über eine Spende finanziert. Ein zweiter Bewegungsparcours werde im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes im Bereich des Vincent-Palotti-Krankenhauses gebaut.

Bezüglich des **Legionellenbefalls** im Bereich der Duschen in den Sporthallen an der Integrierten Gesamtschule Paffrath und an der Nelson-Mandela-Gesamtschule erklärt er, sei eine thermische Desinfektion vorgenommen worden. Er rechne mit einer Wiederinbetriebnahme der Duschen nach einer 10-tägigen Beprobungszeit.

Der **Geruchsbelästigung in der VHS** durch die Shisha-Bar werde nachgegangen. Durch Versuche mit eingefärbtem Dampf würden nicht zulässige Verbindungen im Bereich der Hausinstallation untersucht. Diese Verbindungen seien dann zu schließen. Parallel würden Abluflösungen mit entsprechenden Schornsteinen geprüft.

Frau Lehnert hat eine Nachfrage zum Breitbandausbau. Es gebe viele unterschiedliche Systeme und bestimmt auch viele unterschiedliche Wünsche der Schulen. Sie möchte gerne wissen, ob auf die Kompatibilität der Systeme geachtet werde.

Herr Martmann erklärt, es werde versucht so viele Standards wie möglich zu formulieren aber dabei auch die Individualität bezogen auf die einzelnen pädagogischen Konzepte zu berücksichtigen.

6. Sachstand Schulsanierungen

Herr Martman teilt bezüglich der Sanierung des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums mit, dass der Maßnahmebeschluss für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr für das Frühjahr vorbereitet werde.

[Anmerkung der Verwaltung: Ist inzwischen durch den AUKIV erfolgt.]

Mit der Sanierung der Turnhalle Sand sei begonnen worden. Mitte 2018 könne dann die Halle wieder der Schule und den Vereinen übergeben werden.

Bei der Auswirkung einer evtl. Umwandlung von G8 in G9 auf die Gymnasiallandschaft müsse man die Entwicklung der Schülerzahlen abwarten. Erster Bedarf würde faktisch erst in 2024 erwartet. Ab 2020/21 sei dann in die Planung, Finanzierung und Umsetzung einzusteigen.

7. **Strategische Neuausrichtung des Bergischen Museums in Bensberg**
0315/2017

Herr Neu erinnert daran, dass unter TOP 1 beschlossen worden sei, die Beschlussfassung für u.a. diesen Tagesordnungspunkt an den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat abzugeben und jetzt nur die Sach- und Fachdiskussion zu führen.

Herr Rockenberg fasst die Vorlage zusammen. Im Vorfeld seien mehrere Gespräche mit Fachleuten aus der Museumslandschaft, dem Förderverein und Politikern geführt worden. Eruiert worden seien die Möglichkeiten im Rahmen der Haushaltssicherung den Betrieb des Museums auch inhaltlich sicherzustellen. In der Vorlage seien verschiedene Alternativen ausgeführt. Die Verwaltung schlage die Alternative 1a vor. Die benötigten Mittel seien bereits im Haushaltsentwurf enthalten.

Herr Komenda dankt der Verwaltung für diese differenzierten Vorschlagsmöglichkeiten. Die SPD-Fraktion spreche sich für die Alternative 1a aus.

Frau Bischoff erklärt, auch die CDU-Fraktion danke der Verwaltung und begrüße diesen Beschlussvorschlag. Es werde eine neue Stelle geschaffen, die langfristig auch das Schulmuseum übernehmen könne. Die Voraussetzungen für die Erstellung eines neuen Konzeptes würden geschaffen.

Frau Scheerer teilt mit, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN schliesse sich dem Verwaltungsvorschlag an. Sie fänden es gut, dass das Museum durch eine Vollzeitstelle Museumsleitung betreut werde, die neue Konzepte entwickeln könne.

Herr Stark erklärt, die mitterechts/LKR-Fraktion neige zum Vorschlag 1b. Die Alternative 1a sei nicht schlecht, aber die Alternative 1b sei die kostengünstigere. Die mitterechts/LKR-Fraktion priorisierte den Ausbau des Ganztages an Grundschulen. Hier würden Mittel fehlen. Mit der Differenz zwischen Alternative 1a und 1b könnten einige zusätzliche Plätze finanziert werden.

Frau Glamann-Krüger erklärt, die FDP-Fraktion habe die Vorlage erfreut zur Kenntnis genommen. Es gebe viele Ausbaumöglichkeiten analog dem Schloss Eulenbroich oder dem Kunstmuseum Villa Zanders. Allerdings plädiere die FDP-Fraktion, angesichts der Mahnung des Kämmerers in allen Bereich nicht aus dem Vollen zu schöpfen, für die Alternative 1b. Wenn ein tragfähiges Konzept erarbeitet worden sei, könne der Stellenanteil immer noch ausgeweitet werden. Von daher sei die FDP-Fraktion erst einmal für die Schaffung von zwei halben Stellen.

Herr Winterscheid von der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL findet, wenn man das Museum am Laufen halten möchte, müsse man Geld in die Hand nehmen, sonst könne man direkt Alternative 3 wählen. Er hoffe, dass es nie dazu komme, da dieses Museum ein Stück Kultur in Bergisch Gladbach darstelle. Er möchte gerne noch wissen, warum die Museumsleitung über die GL-Service GmbH eingestellt werden solle.

Herr Dr. Speer begrüßt für den Stadtverband Kultur die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung. Er regt an, bei einer Neukonzeptionierung auch die Fossiliensammlung mit einzubeziehen.

Herr Rockenberg antwortet, die Fossiliensammlung werde nicht aus den Augen verloren. Eine Anstellung der Museumsleitung zunächst über die GL-Service GmbH erfolge aus personalwirtschaftlichen Gründen. Sollte die neue Museumsleitung „das Museum zu neuem Leben erwecken“, solle diese dann nach zwei Jahren – ebenso wie die museumsfachliche Mitarbeiterin beim Kunstmuseum – in den Stellenplan der Stadt überführt werden. Es sei an eine Vollzeitstelle gedacht, da die Museumsleitung sich auch perspektivisch um den Fortbestand des Schulmuseums kümmern solle.

Herr Neu bedankt sich für die Voten der Fraktionen und schließt die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt.

8. Künftige Handhabung der Sportförderung für Jugendliche sowie Verwendung der Sportpauschale (nach Antrag des SSV)
0571/2017

Herr Martmann erklärt, mit dem Kunstrasenfinanzierungsprogramm habe die Stadt einen ersten Schritt gemacht und Verantwortung auch für die Sportanlagen der Vereine übernommen. Der Antrag des Stadtsportverbandes auf Hilfe für vereinseigen genutzte Sportanlagen und der Gewährung einer pauschalen Jugendförderung habe man verwaltungsintern diskutiert und eine Vorlage mit verschiedenen Alternativen erstellt. Allerdings müsse die Entscheidung auch im Kontext mit anderen freiwilligen Leistungen diskutiert werden.

Frau Scheerer findet, in der Vorlage sei die städtische Förderung der Sportanlagen deutlich dargestellt. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei trotzdem der Meinung, dass man auch wieder in die Jugendförderung investieren solle. Sie plädiere für eine Jugendförderung von 4 € pro Kind/Jugendlicher in 2018. Bezüglich des Stufenmodells für die Folgejahre 2019 / 2020 hätten sie noch keinen Beschluss gefasst. Der Haushalt 2019/2020 müsse erst noch aufgestellt werden. Des Weiteren sollten den Sportvereinen 100.000 € zur Verfügung gestellt werden, die sie für ihre Sportstätten in Abstimmung mit der Sportverwaltung einsetzen könnten. Darüber hinaus solle für die Unterstützung des nicht vereinsgebundenen Sportes ein Betrag in gleicher Höhe zur Verfügung gestellt werden.

Herr Kraus möchte sich namens der CDU-Fraktion bei Herrn Weirich für die gute Zusammenarbeit im Bereich des Sports bedanken und wünsche ihm viel Erfolg für seine neue Aufgabe. Persönlich freue er sich, dass dieses Thema auf der Tagesordnung stehe. Die Vorlage zeige verschiedene Alternativen auf, über die die CDU-Fraktion wohlwollend beraten werde. Grundsätzlich sehe er als Sportpolitiker die Verantwortung in der Grundsätzlichkeit eher beim Bund und beim Land. Er halte es für einen Fehler, dass der Sport als freiwillige Leistung in dieses Haushaltssicherungsnetz gezwängt sei. Ein generelles Umdenken müsse stattfinden.

Herr Komenda findet, die Wiedereinführung der Förderung sei nötig. Die Sportvereine würden einen großen Anteil an der Kinder- und Jugendarbeit tragen. Auch die SPD-Fraktion habe noch Beratungsbedarf, da es bei der Entscheidung nicht nur um das Haushaltsjahr 2018 gehe. Es sei eine auch für die Zukunft tragfähige Lösung zu finden.

Frau Glamann-Krüger teilt mit, die FDP-Fraktion spreche sich grundsätzlich für das Stufenmodell aus, da dies den Vereinen Planungssicherheit gebe.

Herr Greifenberg freut sich über die positiven Voten der Fraktionen. Die Wichtigkeit des Sports sei hinreichend bekannt. Der Stadtsportverband und die Vereine würden sich freuen, wenn in den nächsten Diskussionen das positive Votum Richtung der Handlungsalternative 2 oder auch 3 gehen würde.

Herr Neu möchte noch daran erinnern, dass die Vereine Sportplätze, die die Stadt hätte renovieren müssen, durch eigene Kraft in Kunstrasenplätze umgebaut hätten. Dafür möchte er als Ausschussvorsitzender den Vereinen danken. Die Entscheidung über den Antrag des Stadtsportverbandes werde im Haupt- und Finanzausschuss und im Rat getroffen.

9. Abschluss eines Nutzungsüberlassungsvertrages mit dem Sportverein TuS Moitzfeld 1961 e.V. zum Sportplatz Moitzfeld
0596/2017

Herr Rockenberg teilt ergänzend zur Vorlage mit, es gebe noch drei Ascheplätze im Stadtgebiet. Der Ascheplatz an der Integrierten Gesamtschule Paffrath sei perspektivisch derzeit dann der letzte öffentliche Platz und werde von der Stadt betrieben. Er stehe als öffentlicher Sportraum der Allgemeinheit zur Verfügung. Er gebe Frau Scheerer Recht, dass für den nicht vereinsgebundenen Sport recht wenige Flächen zur Verfügung stünden. Die Schaffung von öffentlichem Sportraum sei

sicherlich noch ein Thema in den nächsten Jahren. Ein weiterer Ascheplatz werde von Blau-Weiß-Hand genutzt, der aber auch beabsichtige, diesen in einen Kunstrasenplatz umzubauen. Den Tennenplatz Moitzfeld möchte nun der TuS Moitzfeld in einen Kunstrasenplatz umbauen. Analog den vertraglichen Vereinbarungen mit den anderen Sportvereinen solle ein entsprechender Nutzungsüberlassungsvertrag mit dem Verein abgeschlossen werden.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** ohne Enthaltung folgenden Beschluss:

- 1. Dem Abschluss eines Nutzungsüberlassungsvertrages mit dem Verein TuS Moitzfeld 1961 e.V. zum Sportplatz Moitzfeld wird zugestimmt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Verein einen entsprechenden Vertrag zu schließen.**

10. Haushalt 2018 *0580/2017*

Herr Neu erinnert daran, dass auch für diesen Tagesordnungspunkt beschlossen worden sei, die Beschlussfassung an den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat abzugeben und jetzt nur die Sach- und Fachdiskussion zu führen. Er weist auf den gemeinsamen Antrag der CDU- und SPD-Fraktion „Neues Personalkonzept für die Städtische Max-Bruch-Musikschule Bergisch Gladbach“ hin, der als Sachantrag im ABKSS diskutiert werden solle und als Tischvorlage vorliege. Herr Neu bittet um Wortmeldungen zunächst zu Punkt 2 des Beschlussvorschlages – Aufhebung der HSK-Maßnahme 4.440.1/Haus der Musik: Veränderung der Personalstruktur.

Frau Bischoff erklärt, die CDU-Fraktion habe lange über die weitere Nützlichkeit dieser HSK-Maßnahme, dem sog. „Himmelheber-Konzept“ gesprochen. Jedes Konzept überschreite irgendwann einmal den Punkt seiner Nützlichkeit, wenn es nach reinem Automatismus betrieben werde. Dieser Punkt sei bei der Musikschule nun erreicht. In der Vorlage sei eingehend erklärt, warum die Umsetzung dieser HSK-Maßnahme nicht weiter zu vertreten sei und teilweise aufgehoben werden solle. Die Musikschule könne ihre eigentlichen satzungsgemäßen Aufgaben nicht mehr erfüllen, wie z.B. die Koordination von Kita und Grundschule, die eine sehr wichtige Aufgabe auch bei der Schülergewinnung darstelle. Damit die Musikschule funktionstüchtig bleibe, müsse das „Himmelheber-Konzept“ ausgesetzt und die Wiederbesetzungssperre für diese rund 2,5 Stellen aufgehoben werden. Diesen Antrag begrüße die CDU-Fraktion.

Frau Scheerer schließt sich den Ausführungen von Frau Bischoff an. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN begrüße diesen Vorschlag. Die Musikschule leiste eine beeindruckende Arbeit trotz dieser Personalknappheit. Diese müsse aber auch irgendwann beendet werden. Bundesweit würden die Musikschulen unter Finanzierungsproblemen leiden, von daher finde sie, sei auch dies eine Angelegenheit des Landes bzw. Bundes, so wie es Herr Kraus bei der Sportförderung sehe.

Herr Komenda schließt sich seinen Vorrednern an. Die Musikschule leiste trotz der Mangelwirtschaft eine hervorragende Arbeit. Die SPD-Fraktion habe bereits nach dem Jahresbericht der Musikschule im März eine Aufhebung des „Himmelheber-Konzeptes“ gefordert. Daher auch der gemeinsame Antrag der CDU- und SPD-Fraktion.

Frau Glamann-Krüger teilt für die FDP-Fraktion mit, sie begrüßten ausdrücklich eine Aussetzung des „Himmelheber-Konzeptes“. Es sei überfällig, dass die Stellen wieder fest besetzt würden.

Herr Winterscheidt schließt sich für die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL den Vorrednern an. Er hoffe sehr, dass diese HSK-Maßnahme wieder aufgehoben bzw. zumindest teilweise aufgehoben werde. Weitere Stellenstreichungen bis hin zu prekären Arbeitsverhältnissen sei nie eine gute Idee. Die Vorlage mache dies deutlich. Wenn man die Musikschule behalten möchte, benötige man auch gutes Personal. Weitere Einsparungen bei gleichen Aufgaben funktionierten auf Dauer nicht.

Herr Stark erklärt, die mitterechts/LKR-Fraktion schließe sich in diesem Fall an. Eine weitere Umwandlung gehe auf Kosten der MitarbeiterInnen und der Qualität. Wenn es nicht mehr finanzierbar sei, müsse man ehrlich sein und bestimmte Leistungen streichen.

Herr Rockenberg begrüßt den Antrag der CDU und SPD. Nach dem Jahresbericht der Musikschule im März habe die Verwaltung entschieden, den Antrag zu stellen, rund 2,5 Stellen aus dem Sperrvermerk herauszunehmen. Das „Himmelheber-Konzept“ würde nun seit 2003 angewendet. Ein neues Konzept sei nötig: Qualität und Quantität der Musikschule zu erhalten oder noch auszubauen, die Abschaffung der prekären Arbeitsverhältnisse und all dies unter dem Aspekt der Haushaltssicherung. Diesen Spagat zu schaffen, sei sicherlich nicht einfach.

Herr Dr. Speer teilt mit, der Stadtverband Kultur freue sich für die Musikschule, wenn der Rat dem Vorschlag zustimme.

Frau Scheerer erklärt, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN begrüßte den gemeinsamen Antrag der CDU- und SPD-Fraktion. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN habe beschlossen, in der heutigen Sitzung einen ähnlichen Antrag mündlich zu stellen. Sie finde, die Problematik der Beseitigung der prekären Arbeitsverhältnisse sei im Antrag allerdings zu allgemein formuliert. Dieser Punkt könnte noch präziser ausgeführt werden.

Herr Neu verweist auf die noch folgenden Diskussionen im Haupt- und Finanzausschuss. Er möchte gerne wissen, ob es zu Punkt 1 des Beschlussvorschlages noch Wortmeldungen gebe.

Herr Weber merkt an, im Haushaltsentwurf stehe bei allen Produktgruppen unter Strategische Ziele: „Bis 2012 ist ein jahresbezogener Haushaltsausgleich in Ertrag und Aufwand erreicht und die Kredite zur Liquiditätssicherung früherer Fehlbeträge werden bis 2017 abgebaut.“ Er rege an, diesen Satz einmal zu ändern.

Herr Rockenberg verspricht, die Anregung weiter zu geben.

11. Wahl eines Ausschussmitgliedes mit beratender Stimme und einer persönlichen Stellvertretung im ABKSS auf Vorschlag des Stadtspportverbandes Bergisch Gladbach e.V. mit Schreiben vom 14.11.2017 (eingegangen am 13.11.2017)
0567/2017

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** ohne Enthaltungen folgende Beschlussempfehlung:

Auf Vorschlag des Stadtspportverbandes Bergisch Gladbach e.V. werden Herr Dr. Hartmut-Christian Vogel als Mitglied des ABKSS mit beratender Stimme und Herr Felix Bertenrath als seine persönliche Stellvertretung gewählt.

12. VHS: Trägerschaft für BAMF-Integrationskurse
0606/2017

Herr Martmann erklärt, es sei sehr bedauerlich, dass die VHS die Trägerschaft für die BAMF-Integrationskurse nicht mehr habe. Bezüglich der Gründe verweist er auf die Vorlage. Die Verwaltung stehe aber in Kontakt mit dem BAMF und versucht die Zulassung für Mitte 2018 wieder zu erhalten.

Herr Neu teilt mit, Frau Dr. Killersreiter werde die VHS verlassen und möchte gerne noch ein paar Worte an den Ausschuss richten.

Frau Dr. Killersreiter bedankt sich herzlich bei den Mitgliedern des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport für die gute Zusammenarbeit. Sie habe sich mit der VHS immer gut vertreten gefühlt. Sie habe noch nie einen so wertschätzenden Ausschuss erlebt. Ihr Weggang hänge nicht mit dem Verlust der BAMF-Trägerschaft zusammen. Die Berufung für ihre neue Tätigkeit liege seit Sommer 2017 vor. Sie habe ihren Wechsel verschoben, um zunächst noch die BAMF-Problematik aufarbeiten zu können. Sie danke den Ausschussmitgliedern für ihre Wertschätzung und Unterstützung.

Herr Neu dankt Frau Dr. Killersreiter und möchte in dem Zusammenhang auch Herrn Paas verabschieden. Herr Paas sei jahrzehntelang pädagogischer Leiter für Deutsch und Englisch an der VHS gewesen und gehe nun in den wohlverdienten Ruhestand. Er möchte sich namens des Ausschusses für seine langjährige Tätigkeit bedanken und wünsche ihm für den Ruhestand alles Gute.

Herr Tollih zeigt sich überrascht, dass es zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortbeiträge der Fraktionen gebe. Er finde es sehr ärgerlich, dass die VHS zukünftig keine BAMF-Integrationskurse anbieten dürfe. Die Verwaltung habe versucht, den Verlust der Trägerschaft abzuwenden. Aber es sei bereits zu spät gewesen. Seines Erachtens sei es ein Skandal, dass der Ausschuss nicht proaktiv informiert worden sei. Vielleicht hätte man die Entscheidung dann noch „drehen“ können. Einen wichtigen Punkt für ein neues Konzept möchte er noch ansprechen. Das Thema „berufsbezogene Deutschkurse“ sollte berücksichtigt werden. Die Integrationskurse, die mit B1 absolviert würden, reichten für einen Berufseinstieg nicht aus. Hier bestehe eine Lücke, die die VHS in dieser Stadt füllen könnte.

Herr Stark teilt mit, er schließe der Wortmeldung von Herrn Tollih an.

Die Mittelungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

13. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

14. Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Scheerer hat eine Frage bzw. Bitte zu den Informationstagen der weiterführenden Schulen. Teilweise seien mehrere Termine an einem Tag gewesen. Sie möchte gerne wissen, ob es nicht möglich sei über die Schulleiterkonferenz zu einer besseren Abstimmung zu kommen.

Herr Rockenberg erklärt, es gebe für die Eltern der Viertklässler zwei Informationsabende, in denen über die Schulformen informiert würden. Hier seien ein Vertreter der Grundschulen und jeweils ein Vertreter der vier Schulformen – Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Gesamtschule – vertreten. Dazu gebe es Informationstage der einzelnen weiterführenden Schulen. Diese Termine legten die einzelnen Schulen selbst fest. In diesem Jahr hätten die beiden Gesamtschulen und ein Gymnasium ihrer Informationstag am gleichen Datum gehabt. Die Eltern hätten ein Zeitfenster von 3-4 Stunden zur Besichtigung gehabt. Diese Terminplanung sei nicht sehr glücklich gewesen. Die Schulen haben zu Bedenken gegeben, es hätten nur wenige Samstage im Anmeldezeitraum zur Verfügung gestanden und es sei schwierig gewesen passende Termine zu finden.

Frau Scheerer hat noch eine Bitte zum Schwimmbad Mohnweg. Sie bittet darum, dass die Verwaltung mit der Bädergesellschaft bzgl. des Konzeptes der Bädergesellschaft zur Bäderlandschaft in Bergisch Gladbach Kontakt aufnehme.

Herr Neu antwortet, die Beauftragung zur Erstellung eines Konzeptes sei eine Angelegenheit der Bädergesellschaft. Es gebe einen Auftrag der Mitglieder des Aufsichtsrates der Bädergesellschaft an die Geschäftsführung bis zum 20.12.2017 ein Konzept zu entwickeln.

Frau Bischoff spricht die inklusiven Angebote der städtischen Kultureinrichtungen an. Sie möchte gerne wissen, ob es möglich sei, diese in den pflichtigen Bereich des Haushaltes zu verschieben. Auch möchte sie wissen, ob es Fördermöglichkeiten für diese Angebote gebe.

Herr Rockenberg erklärt, die Definition des freiwilligen Bereichs sei vor ca. 14 Jahren seitens der Kommunalaufsicht festgelegt worden. Im Laufe der Zeit habe die Verwaltung immer wieder punktuell versucht – zuletzt beim Thema Sport – „ein Stück herauszubrechen“. Viel hänge auch davon ab, ob der Haushaltsausgleich in den nächsten Jahren gelinge. Die Diskussion zwischen pflichtiger und freiwilliger Leistung sei auch eine politische Diskussion. Zu der Frage nach den Fördertöpfen antwortet er, die Kultureinrichtungen würden im Rahmen des Machbaren Drittmittel beantragen und seien auch ständig auf der Suche nach weiteren Fördermöglichkeiten. Wenn jemand von einer Fördermöglichkeit erfahre, könne er diese gerne an die Verwaltung weitergeben.

Herr Martmann fügt ergänzt hinzu, die meisten Förderprogramme erwarteten einen angemessenen Eigenanteil des Antragstellers. Diese müssten dann auch im Haushalt vorhanden sein.

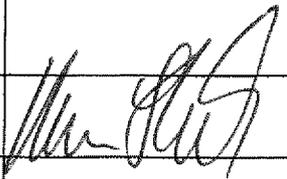
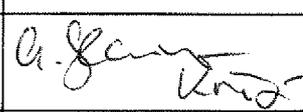
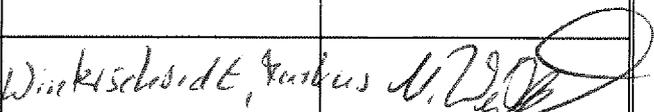
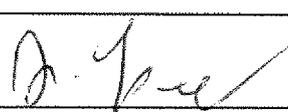
Herr Neu weist noch auf die Ausschusstermine für das Jahr 2018 hin. Der Ausschuss tage am
21.03.2018,
21.06.2018,
25.09.2018,
04.12.2018.

Herr Neu wünscht den Ausschussmitgliedern eine schöne Adventszeit und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:09 Uhr.

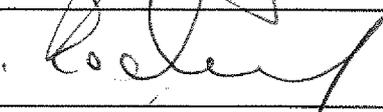
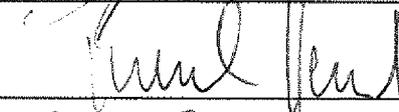
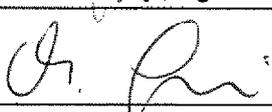
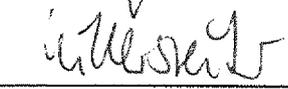
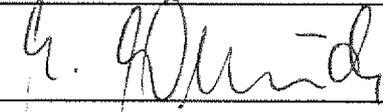
gez.
Gerhard Neu
Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung, Kultur, Schule und Sport

gez.
Petra Weymans
Schriftführerin

Gremium	Tag der Sitzung	Ort der Sitzung	Dauer der Sitzung (von/bis)
Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport	06.12.2017	Ratssaal Bensberg	17.00 - 18 ¹⁵
Name, Vorname	von/bis Beratungspunkt/ Uhrzeit	Stellvertreterin (Name)	Unterschrift
<u>CDU</u>			
Bischoff, Birgit			<i>B. Bischoff</i>
Casper, Claudia			
Heidberg-Schwettmann, Diana			<i>D. Heidberg-Schwettmann</i>
Kraus, Robert Martin			<i>R. Kraus</i>
Lehnert, Elke			<i>Elke Lehnert</i>
Renneberg, Oliver		Harald Hombel	<i>H. Renneberg</i>
Willnecker, Josef		Dr. Günther	<i>J. Willnecker</i>
Göbels, Wolfgang			<i>Wolfgang Göbels</i>
<u>SPD</u>			
Neu, Gerhard			<i>G. Neu</i>
Komenda, Mirko			<i>M. Komenda</i>
Winkels, Berit			<i>B. Winkels</i>
Bräunlich, Benedikt			<i>B. Bräunlich</i>
<u>BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</u>			
Scheerer, Anna Maria			<i>A. M. Scheerer</i>
Dr. Paduch, Susanne		Heiß, Dagmar	<i>S. Paduch</i>
Weber, Dirk			<i>Dirk Weber</i>
Schmidt, Helmut			<i>H. Schmidt</i>

Name, Vorname	von/bis Beratungspunkt/ Uhrzeit	StellvertreterIn (Name)	Unterschrift
<u>mitterechts/LKR-Fraktion für Bergisch Gladbach</u>			
Stark, Gisela		Stark, Hans	
<u>FDP</u>			
Glamann-Krüger, Annette			
<u>DIE LINKE. mit Bürgerpartei GL</u>			
Klein, Thomas		Winkelschmidt, Markus	
<u>sachkundige Einwohner mit beratender Stimme</u>			
Münsterteicher, Jürgen (Inklusionsbeirat)			
Tollih, Redouan (Integrationsrat)			
Dresbach, Erich (Seniorenbeirat)			
Dr. Speer, Lothar (Stadtverband Kultur)			
N.N. (Stadtverband)		Greifenberg, Jörn	
<u>Von der Schulleitungskonferenz benannter Vertreter mit beratender Stimme</u>			
Lambertz, Florian			
<u>Von den Kirchen benannte Vertreter mit beratender Stimme</u>			
Heimann, Heinz Ulrich (kath. Kirche)	entschuldigt		
Appel, Ricarda (evgl. Kirche)			

Mitglieder der Verwaltung:

Name, Vorname	Unterschrift
Martmann, Bernd BM/BM1	
Rockenberg, Dettlef FB 4	
Dr. Eßer, Albert FB 4 - 47	
Herweg, Friedrich FB 4 - 44	
Gippert, Monika FB 4 - 42	
Dr. Killersreiter, Birgitt FB 4 - 43	
Dr. Oelschlägel, Petra FB 4 - 45	entschuldigt
Weirich, Volker FB 4 - 40	
Weymans, Petra FB 4 - 41	
Steidle, Yvonne FB 4-40	
Paop, Dietmar 4-43	
Gäste	
Pfenning, Norbert – Bürgerhaus Bergischer Löwe	

→ Sachantrag FBKSS 6.12.2017
zu: TOP 010



CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach

30. Nov. 2017

Stadt Bergisch Gladbach
FB 1-14
Kommunalverfassung
- Ratsbüro
[Signature]

An den
Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach
Herrn Lutz Urbach
Im Haus

30. November 2017

Gemeinsamer Antrag der CDU- und der SPD-Fraktionen

Sehr geehrter Herr Urbach,

bitte setzen Sie unseren Antrag

Neues Personalkonzept für die Städt. Max-Bruch-Musikschule Bergisch Gladbach

auf die Tagesordnungen der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und des Rates. Der Antrag soll ergänzend im Ausschuss Bildung, Kultur, Schulen und Sport am 6.12.2017 als Sachantrag zum Tagesordnung Teilhaushalt FB 4 vorgelegt werden.

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird mit der Entwicklung eines neuen Personalkonzepts für die Städt. Max-Bruch-Musikschule beauftragt. Dieses soll den Fortbestand einer im Sinne Ihrer Satzung leistungsfähigen städtischen Musikschule gewährleisten und die Problematik der prekären Arbeitsverhältnisse beseitigen. Das neue Konzept soll in der Sitzung des Ausschuss Bildung, Kultur, Schulen und Sport am 21.6.2018 vorgelegt werden. Das verfolgte Himmelheber-Konzept ist aufzuheben.

Begründung

Seit vielen Jahren werden an der Städt. Max-Bruch-Musikschule Bergisch Gladbach feste Lehrerstellen nicht wiederbesetzt. Stattdessen werden sie – was die reinen Unterrichtsstunden betrifft – durch Honorarlehrer ersetzt. Ersetzt wird allerdings nicht der Anteil der festen Stelle, der auf die sogenannten Zusammenhangstätigkeiten entfällt. Das sind zum Beispiel Verwaltungsaufgaben, wie sie in jeder Schule anfallen, Leitung von Ensembles, Vorbereitung von und Präsenz bei musikschuleigenen Konzertveranstaltungen etc.

Bildlich gesprochen gleicht die Musikschule einem Gemäuer, bei dem jeder Stein, der im Laufe der Zeit herausgefallen ist, zwar irgendwie ersetzt, aber auf den Mörtel, der das Ganze zusammenhält, verzichtet wurde. Das verkräftet selbst die stabilste Mauer nicht.

Die folgende Tabelle zeigt, wie zerfahren sich die Personalstruktur der Musikschule heute darstellt:

Köpfe	Wochenstunden	durchschnittliche Wochenstunden/Lehrer
44 Honorarlehrer	333	7,56
37 festangestellte Lehrer	504	13,62

Nachfolgend nur einige der Probleme, die sich in den Jahren aufgebaut haben und in jüngster Zeit zu einer ernsthaften Gefährdung der Leistungsfähigkeit der Musikschule führen:

a) Musikschule

- Da die personelle Kapazität für Zusammenhangstätigkeiten mit jedem Wegfall einer festen Stelle abnimmt, fehlen mittlerweile Lehrkräfte, um eines der wichtigsten Ziele der Musikschule umzusetzen, nämlich das gemeinsame Musizieren in Ensembles (Alleinstellungsmerkmal und Unterscheidung zu privaten Anbietern).
- Der Koordinations- und Verwaltungsaufwand für 88 Lehrkräfte ist sehr hoch und bindet Arbeitskraft, die inhaltlich sinnvoller für die Musikschule eingesetzt werden könnte.
- Schülerinnen und Schüler der Musikschule sehen sich mit häufigen Lehrerwechseln konfrontiert, da Honorarlehrer mit einem niedrigeren Stundenkontingent natürlich einer festen Stelle in einer anderen Musikschule den Vorzug geben und dann kündigen.
- Die Spaltung der Kollegenschaft innerhalb der Musikschule durch die eklatant niedrigere Bezahlung der Honorarkräfte bei gleicher Qualifikation führt zu Konflikten und Motivationsproblemen. Die meisten Honorarlehrer identifizieren sich nicht mit der Musikschule als Arbeitgeber.

b) Honorarlehrer

- Abgesehen von Ihrer finanziellen Situation befinden sich Honorarlehrer – übrigens an vielen Musikschulen in ganz Deutschland - in prekären Arbeitsverhältnissen. Ihr Stundensatz beträgt 25 Euro pro Stunde. Davon führen sie Sozialabgaben ab. Sie bekommen nur den Unterricht bezahlt (nicht die Vorbereitung wie festangestellte Lehrer, keine Bezahlung in den Ferien und bei Krankheit).
- Die Leitung der Musikschule sieht sich permanent mit dem Problem der „Scheinselbstständigkeit“ konfrontiert. So können Honorarlehrer beispielsweise nicht verpflichtet werden, Konzertveranstaltungen für die Musikschule durchzuführen oder am Tag der offenen Tür teilzunehmen. Ganz zu schweigen vom Zeitaufwand, der nötig ist, um für jeden einzelnen Einsatz wieder mit dem Honorarlehrer zu verhandeln.
- Honorarlehrer haben meist nur sehr geringe Deputate (bis max. 15 Stunden die Woche – Scheinselbstständigkeit).

Vor dem Hintergrund der aktuellen Probleme ist die Fortführung des Himmelheber-Konzepts nicht weiter geeignet, eine arbeitsrechtlich korrekte, sozial zumutbare und wirtschaftlich vertretbare Personalpolitik in der Musikschule umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Michael Metten

CDU Fraktion



Klaus W. Waldschmidt

SPD Fraktion

Birgit Bischoff

CDU - Kulturpolitische Sprecherin

Nikolaus Kleine

SPD - Kulturpolitischer Sprecher

